WEITERE BRIEFE

Plädoyer für freie Software

Im Artikel "Einfach abschalten" vom 2. März wird behauptet, dass "das eigent-

lich gut gelungene System" Windows 10

sich datenschutztechnisch beherrschen

lasse. Anschließend wird erklärt, warum

das aber unpraktisch ist. Diese Behaup-

tung ist aus technischer Sicht falsch und

aus gesellschaftspolitischer Sicht proble-

matisch. So ist es beispielsweise für die

Funktion automatischer Updates nicht not-

wendig, dass der Hersteller erfährt, welche

Updates bereits eingespielt sind. Es reicht,

wenn der Rechner dies weiß und dann nur

noch benötigte Updates herunterlädt. Ab-

gesehen davon lässt sich unfreie Software,

wie sie viele verschiedene Hersteller lie-

fern, prinzipiell nicht beherrschen, weil

schlicht geheim gehalten wird, was die

Software tatsächlich tut. Es ergibt sich

durch diese Unfreiheit automatisch ein un-

günstiges Machtverhältnis zwischen dem

Hersteller, der bestimmt, was der Compu-

ter des Nutzers tut, und dem Nutzer, der

das nicht ändern kann, außer er entschei

det sich für andere Software. Die einzige Al

ternative ist freie Software, die dem Nutzer

das Recht und die technische Möglichkeit

gibt, zu bestimmen, was sein Computer tut

oder nicht tut. Das mag manchmal etwas

weniger komfortabel sein, aber wollen wir

unsere Freiheit wirklich für etwas Komfort

Florian Snow, Bamberg

Es kommen immer

"Schwerer Rückschlag für Doping-Aufklärung" vom 2. März:

neue Fragen hinzu

DOPING

In der SZ wird unter der Überschrift "Schwerer Rückschlag für Doping-Aufklärung – Kommission zur Aufarbeitung eines der größten deutschen Sportskandale tritt unter Protest zurück" berichtet, dass "zum zweiten Mal binnen kurzer Zeit ein wichtiges Projekt zur Aufarbeitung der westdeutschen Doping-Vergangenheit ohne klaren Abschluss zu Ende" gegangen sei. "2013 hatte eine Forschergruppe aus Berlin und Münster eine mit 550 000 Euro vom Bundesinnenministerium finanzierte Studie zum Thema ,Doping in Deutschland von 1950 bis heute' vorgelegt - allerdings endete sie in den Wendejahren 1989/90 und hinterließ viele offene Fra

Es ist zutreffend, dass ein solches Forschungsprojekt mit Unterstützung des Bundesinstituts für Sportwissenschaft, einer Behörde des Bundesinnenministeriums, durchgeführt wurde. Es handelte sich jedoch um zwei Forschergruppen, eine aus Berlin und eine andere aus Münster. Jeder dieser Gruppen standen für einen Zeitraum von drei Jahren 225 000 Euro für ihre Forschungen zur Verfügung (das sind ungefähr 1,5 Stellen plus Sonstiges). Die Münsteraner Forschungsgruppe behandelte den Zeitraum von 1950 bis 2007 und lieferte einen vollständigen Abschlussbericht ab, der auch publiziert wurde. Der Bericht wurde sogar ins Englische übersetzt und in einem US-amerikanischen Verlag publiziert.

Darüber hinaus liegen zahlreiche wissenschaftliche Publikationen in nationalen und internationalen Fachzeitschriften vor, die von Mitgliedern der Münsteraner Forschergruppe verfasst wurden.

Es gehört zum Wesen von Wissenschaft, dass "viele offene Fragen" bleiben oder neue offene Fragen hinzukommen. Wenn die Autoren des Artikels behaupten, dass diese Forschungen keinen "klaren Abschluss" ergeben hätten, müssten sie sagen, was sie denn darunter verstehen. Um eine Art Schlusstrichmentalität kann und darf es nicht gehen. Vielmehr bleibt die historisch-kritische Auseinandersetzung mit Doping und Anti-Doping eine Daueraufgabe der Wissenschaften.

Prof. Michael Krüger, Münster $Arbeitsbereich \, Sportp\ddot{\bar{a}} dagogik \, und$ Sportgeschichte am Institut für Sportwissenschaft der Westfälischen Wilhelms-Universität

Abonnement: sz.de/abo

und online auf der Nachrichtenseite SZ.de und in den Apps für Tatags mit SZ Magazin

GLP, POBox 9868, Englewood, NJ 07631

Zeitung bei Zustellung frei Haus: in Bayern 57,40 Euro, außerhalb Bayerns 59,90 Euro, für Studierende 29,90 Euro (nach Vorlage einer Be scheinigung). Weitere Preise (z.B. im Ausland) und Bestellung online SZ Plus (inkl. SZ E-Paper): 31,99 Euro, Vorzugspreis für tägliche Abon nenten 7,50 Euro, für Wochenend-Abonnenten 15,00 Euro Bankkonto: Deutsche Bank (IBAN: DE54 7007 0010 0203 9394 00,

BIC: DEUTDEMMXXX), Das Abonnement kann schriftlich mit einer ausberechneten Bezugszeitraumes gekündigt werden. Abonnenten- und Leserservice:

Telefon (089) 21 83-80 80, Fax (089) 21 83-82 07, sz.de/abo (Beste lung, Information, Service)

except Sunday and holidays by Sueddeutsche Zeitung GmbH. Subscription price for USA is \$ 1000 per annum. K.O.P.: German Language Pub. 153 S Dean St. Englewood, NJ 07631. Periodicals postage is paid at Englewood, NJ 07631 and additional mailing offices Postmaster: Send address changes to: SUEDDEUTSCHE ZEITUNG,

LANDTAGSWAHLEN

Innehalten, nachdenken, gegensteuern

"Kretschmann siegt, AfD triumphiert" vom 14. März und weitere Berichte vom Wahlabend:

Die Gefahren liegen woanders

Der hohe Zuspruch für die AfD kann einem schon Angst machen - gerade in Deutschland. Wir können nur hoffen, dass keine neue Finanz- und Wirtschaftskrise dazukommt, denn dann würde es wirklich gefährlich werden. Die Parteien dürfen jetzt nicht den Fehler machen, Teile des AfD-Programms zu übernehmen. Sie dürfen nicht das Thema Flüchtlinge noch wichtiger machen, als es in Wirklichkeit ist. Davon würde nur die AfD profitieren. Die echten Gefahren liegen woanders: Die wachsende soziale Ungleichheit ist die Ursache einer zunehmenden Polarisierung. Finanzinstitutionen wie die Europäische Zentralbank machen große Politik und haben keine demokratische Legitimation. Die TTIP-Verhandlungen werden hinter verschlossener Tür geführt. Dazu kommt der Klimawandel: Die CO2-Emissionen nehmen ungebremst zu, trotz Paris. Die anderen Parteien tragen eine Schuld an den jetzigen politischen Entwicklungen, denn sie haben in den vergangenen Jahrzehnten den Abbau von Demokratie und Sozialstaat eingeleitet. Sie sollten nun hier gegensteuern. Davide Brocchi, Köln

"Weiter so" wäre kontraproduktiv

Weiter so, Augen zu und durch, lautet die Devise der etablierten Parteien nach diesem Wahlsonntag. Auch bei "Anne Will" war die Message: Nur wer in der Flüchtlingsfrage fest zum Kurs von Angela Mer kel steht, kann hier noch Wahlen gewinnen. Dass der Großteil der Deutschen schon lange nicht mehr hinter dieser Politik steht, die Hunderttausende ins Land lässt, ohne die Fähigkeiten zu haben, diese Menschen wenigstens ordnungsgemäß zu registrieren, interessiert die Politiker überhaupt nicht. Wenn man in zwei Bundesländern nicht mal mehr mit einer großen Koa-



Erfolg mit verlässlicher Politik: die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) mit ihrem Ehemann Klaus Jensen.

lition aus CDU und SPD regieren kann, sollte man das Ergebnis nicht gerade mit einem "Weiter so" bewerten, sonst kann es sein, dass sich dieses Desaster bei der Bundestagswahl wiederholt.

Brigitte Wagner, Unterschleißheim

Politik, die resigniert zurücklässt

Die sogenannte Alternative für Deutschland wird von ihren Wählern bis heute lediglich als Protestpartei gegen die gesamte derzeitige Politik in Deutschland wahrgenommen. Auch wenn die AfD-Propagandisten behaupten, die Partei verfüge über ein konkretes alternatives, realisierbares und zukunftsträchtiges Programm, so kennt selbst niemand unter ihren Wählern ein solches. Wäre aber den Wählern ein solches Programm als vertrauenerweckend angeboten worden, wären die Altparteien am Sonntag geradezu weggeputzt worden. Die Union hat so extrem stark verloren, weil diese Partei immer größere Teile des Volkes resigniert zurücklässt. Manche ihrer bisherigen Wähler sind zur FDP geflüch-

tet, weil diese Interessenpartei Wählern mit speziellen Wirtschaftsinteressen noch am ehesten Hoffnung macht.

Andere ehemalige CDU-Anhänger sind – in Baden-Württemberg – zu den Grünen gewechselt, weil der grüne Ministerpräsident Winfried Kretschmann eigentlich eine "CDU mit umweltgeschützten Sonnenblumen vorm Häusle" vorführt. Da Kretschmann aber bei Weitem nicht die Grünen-Sympathisanten insgesamt, etwa die Öko-Sozialisten der Gründerzeit, anführt, haben sich Elite-Grüne denn auch in der Pfalz und in Sachsen-Anhalt in große Zahl von ihrer Partei zurückgezogen.

Günter Woltmann-Zeitler, Arnbach

Selbstkritik der Parteien ist nötig

Vorurteilslos betrachtet, ist die AfD angesichts der breiten Übereinstimmung der öffentlichen Meinung tatsächlich ein Fremdkörper. Ob das Etikett des Rechtspopulismus, das ihr angehängt wird, berechtigt ist, sei dahingestellt. Viel wichtiger noch ist die Frage, was die Existenz einer sich als Alternative für Deutschland ausgebenden Organisation für unser parlamentarisches System bedeutet. Man könnte gegenwärtig um unsere Demokratie besorgt sein, weil im parlamentarischen System ein wichtiges Element fehlt, nämlich eine potente Opposition als legitimes Gegengewicht zur Regierungspolitik. Denn es bleibt in einer pluralistischen, demokratischen Gesellschaft sehr ungewöhnlich dass sich eine Politik (wie die aktuelle) für alternativlos hält. Ist es insofern völlig abwegig, wenn man heute die Frage stellt, ob die Entscheidung für die große Koalition wirklich der Weisheit letzter Schluss war? Das Zusammenwirken der Koalitionspartner hat jedenfalls ihre Unterscheidbarkeit nicht gefördert, sodass dem normalen Bürger künftige Wahlentscheidungen immer schwerer werden. Wenn die etablierten Parteien sich berechtigterweise über die allgemeine Wahlmüdigkeit beklagen, sollten sie die Gründe bei sich selbst suchen.

Prof. Hermann Beck, Hof/Saale

Strahlung bald auch von unten?

Zum Artikel "Wenn es aus dem Kanaldeckel funkt" vom 2. März: Jetzt reicht es nicht mehr, dass Mobilfunk-Sendemasten und neuerdings auch Wlan-Hotspots von oben funken. In der Schweiz wird nun in einem Pilotprojekt erprobt, ob durch spezielle Kanaldeckel auch von unten gefunkt werden kann. Der exzessive Funkausbau führt offenbar dazu, dass die Netzbetreiber in den Städten kaum noch neue Sende standorte finden. Daher ist es sicher nur eine Frage der Zeit, dass diese Kanaldeckel auch bei uns zum Einsatz kommen. Funkstrahlung von allen Seiten im "Rundum-Sorglos-Paket". Aufgrund "der geringen Leistung" müsse man die Strahlung von unten aber "nicht fürchten". Dabei gibt es genügend Studien, die schädliche Effekte weit unterhalb der Grenzwerte nachwei sen. Entsprechende Bedenken versucht man auch in Deutschland mit dem Hinweis auf die Einhaltung der geltenden Mobilfunk-Grenzwerte oder deren weite Unterschreitung zu zerstreuen. Allein uns fehlt auch bei diesem Thema das Vertrau-

en in Politik und Industrie. Erwin und Trudi Christof, Aßling

DEBATTE@SZ



Auch in den Internet-Foren der SZ wird heftig über die Ergebnisse der Landtagswahlen diskutiert. Hier einige Auszüge:

"Man kann es nicht schönreden. Man kann auch nicht hoffen, der AfD-Spuk würde von alleine vorbeigehen. Sie sind das Volk – zwar nur ein kleiner Teil, aber einer mit Wachstumspotenzial. Wir müssen jetzt das Beste daraus machen und wieder viel politischer werden. Denn immerhin folgt eben doch nur eine Minderheit diesen asozialen Einflüsterungen." (postit auf

"Die AfD wird wieder verschwinden, bei den nächsten Wahlen ist der Spuk vorbei, weil sich jetzt zeigen wird, dass sie nichts kann außer Angst zu schüren." (Nicole Walter bei Facebook)

"Die Verliererin dieser Landtagswahlen heißt Angela Merkel. Das Problem ist: Die Kanzlerin ist nicht willens oder nicht fähig, sich diese Niederlagen auf ihr Konto zu schreiben." (Rolf K. bei SZ.de)

"Überall liest man, dass Angela Merkel nicht für ihre Flüchtlingspolitik abgestraft wurde. Ich frage mich: Wofür denn sonst?" (petapahn auf SZ.de)

Eine klar rechte Partei als zweitstärkste, Kraft in einem Landtag ist ein schreckliches Armutszeugnis für Deutschland." (Elias Engelhardt bei Facebook)

Die CDU hat ihr konservatives Wählerpotenzial verloren, und zwar an die AfD. Würde die CDU nicht so weit in die Mitte rücken und ihre konservativen Positionen aufgeben, wären mit diesem Wählerpotenzial Ergebnisse um die 40 Prozent nicht unrealistisch. Klar ist aber auch, dass es mittlerweile nicht mehr nur um Wahlprogramme geht. Es geht um politische Strömungen und die Wahl von Personen, denen man zutraut, dass sie die Herausforderungen des Tagesgeschäfts meistern können. Und für die CDU wird es noch schwerer: Wenn Angela Merkel einmal nicht mehr Parteichefin ist, fehlt es an einer Person, der die Wähler vertrauen. Und ein Programm hat die Partei eigentlich nicht mehr." (Sicht_aus_Estland auf SZ.de)

"SPD-Parteichef Sigmar Gabriel hat schnell reagiert und im Hinblick auf die Wahlergebnisse der AfD davon gesprochen, dass jetzt ein Aufstand der Anständigen notwendig sei. Ob es der SPD hilft, mehr als zehn Prozent der Wähler/innen als unanständig abzustempeln? Ein Großteil der SPD-Stammwähler hat die von der SPD-Linken dominierte Flüchtlingspolitik kritisch gesehen. Sie befürchten, dass sie zu den Verlierern der Verteilungskämpfe um Wohnraum und Arbeitsplätze gehören könnten." (agan46 auf SZ.de)

"Die SPD wundert sich? Es gibt eine einfache Antwort! Warum soll ein Hartz-IV-Empfänger eine sogenannte etablierte Partei wählen?" (Uwe Lehmann auf SZ.de)

"Die Wahlbeteiligung ist deutlich höher ausgefallen als in der Vergangenheit. Wenn dies nur noch durch Parteineugründungen möglich gemacht werden kann, dann sollte uns dies zu denken geben." (weraan auf SZ.de)

"Ich bin überzeugt, dass das Thema Flüchtlinge bald nicht mehr das wichtigste The-

Urlaubsorte

nen sich wieder darauf, wie sicher und gut wir hier in Deutschland leben dürfen. Der Absturz der AfD wird kommen, weil in ihren Programmen keine Argumente und keine Substanz, sondern nur Manipulation stecken." (Gss auf SZ.de)

ma sein wird. Dann läuft dieses Gegröle

der AfD ins Leere und die Menschen besin-

Weitere Beiträge zu diesem Thema finden Sie unter: www.sz.de/Landtagswah-

Folgen Sie der Süddeutschen Zeitung auf twitter und Facebooks http://twitter.com/sz http://facebook.com/Ihre.sz

Leserbriefe sind in keinem Fall Meinungsäußerungen der Redaktion. Wir behalten uns vor, die Texte zu kürzen.

Außerdem behalten wir uns vor. Leserbriefe auch in der digitalen Ausgabe der Süddeutschen Zeitung und bei Süddeutsche.de zu veröf-

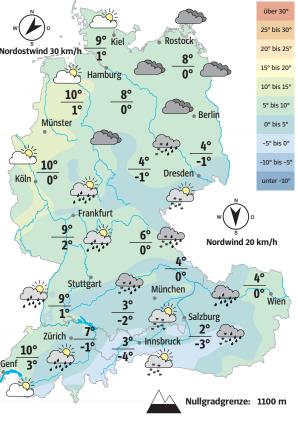
fentlichen. forum@sueddeutsche.de

KORREKTUREN

>>→ In der Grafik ..Hessische Verhältnisse" vom 8. März auf Seite 5 wurde ein Ort falsch markiert. Die FDP erreichte 40 Prozent in Steinbach im Taunus (in der Nähe von Frankfurt), nicht in Steinbach bei Gießen in Mittelhessen.

» In "Jenseits der Komfortzone" vom 12./13. März auf Seite 6 wurde Roland Ermer als Anwohner eines Flüchtlingsheims in Bautzen bezeichnet. Es handelt sich um eine Verwechslung. Ermer ist Präsident der Sächsischen Handwerkstages. Beim Anwohner des Heims handelt es sich um Christian Haase, Sprecher der Bürgerinitiative "Asylbewerberheim Greenpark".

DAS WETTER



Wechselnd bis stark bewölkt, gebietsweise Schauer

Wetterlage

Durch die kurzzeitige Zufuhr an feucht-kühler Luft gehen in Mitteleuropa teilweise Regen- und Schneeschauer nieder. Auch in Polen, in den Alpenländern und in Ungarn gestaltet sich der Tag durch Regen- und Schneefälle oft nasskalt und ungemütlich. Das Hoch über der Nordsee sorgt nun über Großbritannien, Frankreich und Südskandinavien für längeren Sonnenschein. Am Mittelmeer gehen weiterhin gebietsweise Schauer und Gewitter nieder.

Aussichten

In den östlichen und südlichen Regionen wird es vorübergehend wechselhafter. Dabei gehen teils Regen-, teils Schneeschauer nieder. Sie können auf ihrem Weg zu den Alpen kräftiger ausfallen. Auf einigen Straßen steigt die Gefahr von Schneeglätte. Gleichzeitig setzt sich im Nordwes ten wieder häufiger die Sonne durch. 0 bis 11 Grad werden erreicht. Es weht ein mäßiger bis frischer, in Böen starker Nord- bis Nordostwind

Europa Warmfro Kaltfront Mischfron

Amsterda

Brüsse

Bukarest Dublin Dubrovni Schauei bedeckt

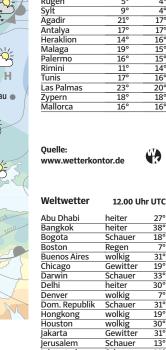
Schn.sch

Schaue

heite

Schn.sch

-	Havanna
-	Asien
	Chengdu Shangkai Hongkong Bangkok Manila



DOSTOLL	Regen	/
Buenos Aires	wolkig	3:
Chicago	Gewitter	19
Darwin	Schauer	33
Delhi	heiter	30
Denver	wolkig	7
Dom. Republik	Schauer	31
Hongkong	wolkig	19
Houston	wolkig	30
Jakarta	Gewitter	31
Jerusalem	Schauer	13
Johannesburg	Schauer	23
Kabul	wolkig	12
Kairo	wolkig	23
Kuwait	Schauer	28
La Paz/Bol.	wolkig	17
Lima	wolkig	28
Los Angeles	wolkig	20
Malediven	Schauer	3:
Manila	wolkig	33
Mekka	heiter	36
Mexiko-Stadt	wolkig	24
Miami	sonnig	32
Montreal	Regen	Ę
Mumbai	heiter	26
Nairobi	heiter	33
New York	wolkig	14
Panama	wolkig	3:
Peking	wolkig	16
Perth	wolkig	36
Riad	Schauer	32
Rio de Janeiro	Schauer	29
San Francisco	wolkig	18
Singapur	wolkig	33
Sydney	Schauer	26
Teheran	Schauer	18
Tel Aviv	Schauer	19
Tokio	sonnig	11
Vancouver	Schauer	9
Washington	Schauer	19



Sonne und Mond 23.03 31.03. 06:26 10:40 15.03. 18:19

07.04. Wetterhistorie München Maximum 1979: 20,1°C / Minin um 1958: -11,6°C

Deutschland

rocken Leipzig Dortmund Dresden Müncher rankfu Oberstdo Passau lannov Schleswig Stuttgar

Schauer Schn.sch

Innsbruck issabor Nizza

DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de